

Attac Frühjahrsratschlag 2011, TU Braunschweig

Bericht vom Workshop „Menschengerechte Arbeit“ 2. April 2011, 9:30 h bis 16 h

Workshopleitung und Referentin: Marlene Werfl
Berichterstatter für's Plenum und Referent: Werner Rätz
Protokollant und Referent: Stephan Krull
Insgesamt 7 Teilnehmende

Vorstellungsrunde unter Einbeziehung spontan geschriebener Utopien „Arbeiten und Leben 2025“. Auszüge daraus:

I.

Ich arbeite in einer Weltfirma für gewerbliche Geschirrspülmaschinen in der Entwicklungsabteilung, die durch Kombination von Menschen- und Maschinenarbeit umweltschonende Produkte herstellt. Meine Arbeitszeit beträgt 20 Stunden in der Woche, von 10 bis 14 Uhr. Mein Nettoverdienst entspricht dem 3fachen eines Hartz IV-Satzes Anfang des Jahrhunderts.

Morgens erledige ich Hausarbeit und nachmittags kümmere ich mich um eine ältere Frau in unserem Wohnprojekt und dann habe ich natürlich Zeit für meine Kinder. Wir leben in einem Mehrgenerationenprojekt. Mein Mann ist an seinen "freien" Tagen auch im Wohnprojekt engagiert in der Betreuung hilfebedürftiger älterer MitbewohnerInnen.

Erwerbsarbeit Ehemann: Er arbeitet in einer 100 km entfernten größeren Stadt, auch 20 Stunden die Woche, jedoch auf 3 Arbeitstage verteilt. Er verdient etwa 2/3 meines Verdienstes.

Meine Kinder gehen in eine Ganztagschule und kommen um 16 Uhr nach Hause. Für sie bekommt unsere Familie ein Grundeinkommen je Kind, das 400 Euro zu Anfang des Jahrhunderts entsprochen hätte.

Mein Mann und ich sind gewählte VertreterInnen der Genossen/Genossinnen unserer Genossenschaftsbank. Wir arbeiten an den Richtlinien für die Vergabe von Krediten. Damit sind wir einen Tag in der Woche beschäftigt. Ich bin außerdem noch Stadträtin.

Die Ausgaben für Sozialleistungen und Sozialversicherung sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Die Leute haben weniger Stress und sind gesünder. Sie leben länger in ihren Wohnungen, wie z.B. in unserem Wohnprojekt, und der befürchtete Pflegenotstand ist ausgeblieben.

Es bleibt mir Zeit zum Wandern, zum Lesen und zu spannenden Diskussionen mit FreundInnen.

II.

Gesellschaftliche Veränderungen ergeben sich nicht aus dem Nichts, sondern entstehen aus Brüchen im herrschaftlichen Konsens und Kämpfen, die daran ansetzen. Von 2025 aus gesehen: Fukushima könnte der Beginn einer solchen Entwicklung gewesen sein:

- Politiker merkten irgendwie, dass die Leute ihnen nicht mehr glauben; das machte sie schwach.

- Die Mehrheit der Menschen hörte auf einmal zu, wenn jemand sagte, so geht es nicht weiter.

- Diejenigen, die Alternativen diskutiert hatten, trugen sie mutiger und konsequenter in die breite Öffentlichkeit.

- Eine beachtliche Minderheit packte praktisch an, Widerstand wurde zum Breitensport.

Nach den AKW fielen andere unsinnige und unbrauchbare Regelungen, als erstes das Hartz IV-System. Wo Menschen massenhaft nach Arbeitsplätzen rufen, braucht man sie nicht zu zwingen, einen zu suchen. Wer keinen hatte, bekam ohne weitere Bedingungen ein Grundeinkommen. Damit waren auch Alters- und Kinderarmut kein Thema mehr.

Als zweites begriff die Gesellschaft, dass es viele Dinge gibt, die jede und jeder braucht: Wohnungen, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Energie, Bildung und vieles mehr. Man entzog diese Bereiche den Märkten und organisierte sie gemeinsam. Das war effektiver und führte zu besserer Versorgung.

All das löste Dynamiken aus: Materiell abgesicherte Menschen ohne Erwerbsarbeitsplatz begannen, die Dinge zu tun, die sie besonders gut konnten und besonders gerne tun mochten. Immer mehr Tätigkeiten wurden gemeinsam gemacht. Auch im kulturellen Verhalten änderte sich vieles:

Frauen mit einem Grundeinkommen verließen ihre Männer, wenn die nicht bereit waren, gemeinsam Verantwortung für die Gestaltung des Lebens zu übernehmen. Nicht zuletzt weil sie auf erfolgreiche Kämpfe zurückblicken konnten, wuchs ganz allgemein das Selbstbewusstsein der Menschen.

2025 gab es zwar immer noch Kapitalismus, aber auch ein große Zahl von engagierten Menschen, die sich dagegen wehrten und immer mehr Tätigkeiten den Kapitalkreisläufen entzogen.

III.

Meine Ausbildung als Hebamme hat mich in meiner Berufswahl bestätigt, Arbeitszeiten, körperliche Belastung und Verantwortung sind allerdings schwer zu tragen. Nach dem erfolgreichen Kampf um die 25-Stunden-Arbeitswoche bis 2020 ist jetzt, 2025, die 20-Stunden-Woche als gesetzliche Höchstarbeitszeit beschlossen worden. Diese Arbeitszeit kann ich – in Absprache mit der Klinik und meinen Kolleginnen – sehr flexibel gestalten bezogen auf die Arbeitswoche, auf den Monat und das Jahr. Das kommt uns mit den beiden noch schulpflichtigen Kindern und dem berufstätigen Mann sehr entgegen. Die Arbeit ist – weil sie körperlich anstrengend und verantwortungsvoll ist – sehr gut bezahlt; sonst gäbe es gar nicht genügend Hebammen! In unserer Nachbarschaft sind viele stolz darauf, eine Person zu kennen, die Leben in die Welt bringt. Ich muss noch gut 10 Jahre arbeiten, dann gehe ich mit 50 Jahren in den Vorruhestand. Ob ich dann schon Oma sein werde mit viel Zeit für die Enkelchen? Um die Zukunft unserer Kinder und Enkel müssen wir uns nicht sorgen – die Universitäten und Betriebe überbieten sich fast mit Angeboten und guten Sozialleistungen. Die Kinder brauchen auch deshalb nicht wegziehen, es gibt ausreichenden und preiswerten Wohnraum in unserer autofreien Stadt, der Öffentliche Personennahverkehr und das Studieren sind kostenlos. Von solchem Leben habe ich in meiner Jugend nur träume können – aber das Kämpfen darum hat auch Spaß gemacht und wir sind daran gewachsen!

Zum Vergleich wird die Deklaration 2010 von Attac Österreich zitiert, Abschnitt „Menschengerechte Arbeit“:

- Arbeit als Basis gesellschaftlichen Reichtums
- Problemhaft ist die ungleiche Verteilung und Bezahlung von (Erwerbs-) Arbeit
- Entkopplung von Arbeit und Einkommen

Behandelte Fragen / Themen:

- Stellenwert / Bedeutung von Arbeit
Persönlichkeitsentwicklung, Integration von Personen als Teil (je)der Gesellschaft
- Definition des Begriffes „Arbeit“ – weit mehr als Lohnerwerbsarbeit!

Konzepte und Arbeitszusammenhänge in Attac, um dem Ziel menschengerechter Arbeit näher zu kommen:

AG Genug für alle / Bedingungsloses Grundeinkommen (bge):

Attac hat die soziale Frage immer auch, wenn nicht sogar vor allem, von der menschenrechtlichen Seite her betrachtet. Jeder Mensch hat, auf Grund seiner Existenz, das Recht auf eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und dem Leben der Gesellschaft. Das ist ein Menschenrecht, das bedingungslos gilt; muss sich niemand verdienen und es geht bei Fehlverhalten nicht verloren. Diese Position ist kein Spezifikum unserer AG, sondern gemeinsamer Beschluss des Attac-Ratschlags in Aachen im November 2003. In der AG Genug für alle verstehen wir das so, dass als Mittel, mit dem dieses Menschenrecht umzusetzen wäre, ein bedingungsloses Grundeinkommen am besten geeignet erscheint. Jede vorgelagerte Bedarfsprüfung bei sozialen Leistungen führt systematisch dazu, dass Berechtigte in mehr oder weniger großer Zahl ihr Recht nicht bekommen. Nicht das bge ist menschenrechtlich geboten, sondern die materielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe. Allerdings sehen wir nicht, dass es gegenwärtig in der politischen Debatte einen anderen Vorschlag als das bedingungslose Grundeinkommen gäbe, der diese gebotene Teilhabe wirklich umfassend ermöglichen würde.

In Teilbereichen allerdings sind auch Maßnahmen sozialer Infrastruktur geeignet, barrierefreie Teilhabe zu gewährleisten. Deshalb stellen wir uns ein bge durchaus auch in dieser Form vor. Da gibt es dann vielfältige Möglichkeiten für gemeinsame Kämpfe auch mit sozial engagierten Kräften, die das bge als solches ablehnen. Das ist uns wichtig, weil das Anliegen eben ein Leben auf einem anständigen Niveau, also die soziale Absicherung, ist und nicht das bge für sich genommen. Insofern ist das Kriterium für die Zusammenarbeit eben auch nicht die Haltung zum bge, sondern die Frage, ob die potenziellen Partner für mehr soziale Sicherheit eintreten oder nicht.

Aus einer menschenrechtlichen Betrachtungsweise ergibt sich zwingend, dass ein Sozialsystem niemals mit dem Entzug des Existenzminimums drohen darf. Dabei geht es nicht darum, ob man in einer Gesellschaft bestimmte Verhaltensweisen von den Einzelnen erwarten darf oder nicht. Gesellschaften geben sich Regeln, die auch individuell eingehalten werden müssen. Zu diesen Regeln könnte es auch gehören, dass Arbeitswilligkeit verlangt wird. Wir hielten das für falsch, weil es keinerlei Notwendigkeit dafür gibt (es gibt viel mehr Leute, die Arbeitsplätze suchen als Arbeitsplätze), aber mehr noch, weil Menschen Tätigkeiten nur dann gut tun, wenn sie sie auch tun mögen. Es geht

also um Motivation, nicht um Druck, um Freiwilligkeit, nicht um Zwang. Aber einmal angenommen, Arbeitswilligkeit sollte von den Individuen erwartet werden, dann darf die Nichterfüllung unter keinen Umständen dazu führen, dass den Betroffenen materielle Absicherung und gesellschaftliche Teilhabe versagt wird.

AG ArbeitFairTeilen / Radikale Arbeitszeitverkürzung

Je kürzer die Zeit für Lohnerwerb, desto mehr Zeit für persönliche Entfaltung, Beziehungsarbeit, Kreativität und politische demokratische Partizipation – arbeiten um zu leben, nicht umgekehrt! Wachstumsgrenzen, Produktivitätsentwicklung, Massenarbeitslosigkeit und die global und zwischen den Geschlechtern höchst ungerechte Arbeits(ver)teilung zwingen dazu, Arbeit anders und neu zu organisieren. Insbesondere der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse durch Teilzeitarbeit, Minijobs und Niedrigstlöhne ist durch eine Verknappung des Angebotes entgegenzuwirken. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit (5 Millionen in Deutschland, 25 Millionen in der EU) ist eine existenzielle Frage der Menschen und der Sozialsysteme geworden (Stichwort „Altersarmut“). Gewerkschaften sind durch die Massenarbeitslosigkeit in die Defensive gedrängt worden und allein nicht mehr in der Lage, das Thema auf die gesellschaftliche Tagesordnung zu setzen. Die jüngste Krisenbearbeitung durch Kurzarbeit und Abbau von Überstunden hat erneut unter Beweis gestellt, welche bedeutende Rolle die Arbeitszeit spielt. Die AG ArbeitFairTeilen arbeitet mit Bündnispartner_innen in Kirchen, Umweltverbänden, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen an dem Projekt der Arbeitszeitverkürzung und der fairen Teilung aller Arbeit. Das hat nichts mit „Arbeitszwang“ zu tun, wohl aber mit der Verpflichtung aller Mitglieder einer Gesellschaft, entsprechend ihren Möglichkeiten und entsprechend den (ökonomischen) Notwendigkeiten, abhängig von der historischen Situation, dem Stand der Technik, der Produktivität und der Ressourcen, einen verantwortbaren Beitrag zur gesellschaftlichen und menschlichen Reproduktion zu leisten.

Die Vier-in-einem-Perspektive (Konzept von Frigga Haug, Wissenschaftl. Beirat von Attac)
„Teilzeitarbeit für alle als eine zeitgemäße Unterwanderung festgefahrener Politik, gewohnter Vorstellungen, eingerosteter Identitäten, Ungleichzeitigkeiten und Ungerechtigkeiten hört sich ein wenig schräg an zum Gewohnten. Es geht uns um ein gutes Leben für alle. Das hört sich bescheiden an, ist jedoch, wie wir erneut in der Krise des Kapitalismus sehen, das Unverschämteste, das einem derzeit einfallen kann. Auf dem Weg dorthin gibt es enorme Hindernisse – ökonomischer, politischer, kultureller Art und schließlich solche, die in uns selbst liegen, in unseren Gewohnheiten vor allem.“
Frigga Haug beim 3. Sozialforum in Hitzacker, Oktober 2009.

Der Vier-in-einem-Perspektive geht es darum, die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereiche zusammenzubringen, in denen Frauen und Männer sich für eine solidarische, soziale und emanzipatorische Lebenswelt einsetzen: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Selbstentwicklungstätigkeiten sowie Politische Partizipation. Das Konzept geht davon aus, dass sich alle an der notwendigen gesellschaftlichen Produktionsarbeit (Erwerbsarbeit) beteiligen sollen. Andererseits soll die Arbeit am Menschen (Erziehung, Pflege etc.) weitgehend dem Markt entzogen bleiben oder wieder entzogen werden.

Es werden (nur) Zielmarken formuliert, an denen politische Handlungen in konkreten Situationen ausgerichtet werden können (bringt es uns voran oder hemmt es uns). Die Perspektive geht über feministische Projekte der Sichtbarmachung der überwiegend weiblichen Reproduktionsarbeit hinaus.

Konsense und Dissense:

Aktive in Attac, die ein bedingungsloses Grundeinkommen als längerfristiges Ziel für einen Einstieg in ein gutes Leben sahen und Aktive, die in einer eher kurzfristig anzustrebenden massiven Absenkung der Erwerbsarbeitszeit und der Einführung von Mindestlöhnen lohnenswerte Aufgaben sahen, hatten in der Vergangenheit erhebliche Differenzen im Blick auf Erwerbsarbeit als wesentlichen und verpflichtenden Teil des Lebens. Hier hat es deutliche Annäherungen gegeben, die Differenzen würden jedoch auch in diesem Workshop aufgegriffen und diskutiert.

Konsens aller drei oben vorgestellten Lösungsmöglichkeiten ist eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Darüber hinaus besteht Einigkeit, dass Arbeit auf jeden Fall mehr als Erwerbsarbeit ist und die Gesamtheit unseres Tätigseins, auch im Blick auf die Beteiligung von Frauen und Männern, neu gestaltet werden muss. Auch die Herausforderung, die von den Grenzen des Wachstums ausgeht mit massiven Auswirkungen auf heutige Erwerbsarbeit, wird von allen gesehen.

Forderungen und politische Fenster für gesellschaftliches Eingreifen:

- Hartz IV abschaffen (dafür gibt es in Attac keinen aktiven Arbeitszusammenhang)
- 1. Mai 2011, Erweiterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die EU-Länder Osteuropas: Forderung nach Mindestlöhnen in der BRD, um weiteres Lohndumping einzudämmen. Die PartnerInnen dazu wären die Gewerkschaften, deren Mindestlohnforderungen bei € 7,50 liegen. In der Gruppe ist Konsens, dass das zu keiner von uns gewünschten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben befähigt und zu niedrig ist. € 10 wäre ein Mindestlohn, den wir vertreten könnten. Attac könnte aus Anlass des 1. Mai eine entsprechende Pressemitteilung machen.
- Kinderarmut-Projekt zum Beispiel in Richtung Kindergrundsicherung ähnlich wie Kindergeld z.B. 500 € für alle bis 25 Jahre, steuerpflichtig. In der GEW und AWO gibt es solche Ideen/Projekte. In Attac gab/gibt es (lokale) Arbeitszusammenhänge, die zum Thema Kinderarmut arbeiten. Unklar ist, ob dieses Engagement ausreichend ist, um hier mittelfristig in Kooperationen tätig zu werden.
- Privatisierung von Krankenhäusern stellt massive Gefahr für das öffentliche Gut der Gesundheitsversorgung dar. Auch die Kopfpauschale ist nicht vom Tisch, sondern wird schleichend eingeführt. Es gibt lokale Gruppen, die vereinzelt dazu arbeiten, aber der bundesweite Arbeitszusammenhang (AG soziale Sicherungssysteme) hat keine Ressourcen, zu diesem Thema aktiv zu werden.

Konkrete Arbeitsvorhaben:

- Konferenz von Attac-AG ArbeitFairTeilen und Memogruppe zur Veröffentlichung eines „Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“ am 30.6./1.7.2011 in Hannover
- Weltweiter Grundeinkommenskongress im September 2012 in Ottobrunn bei München: Die AG Gfa ist als Teil des Grundeinkommens-Netzwerks in die Vorbereitung des Kongresses einbezogen und mit dabei, ein interessantes Programm zu entwickeln. Weitere Interessierte sind eingeladen, sich dabei zu beteiligen. Ein Vorbereitungstreffen findet am 17./18.9.2011 in Frankfurt/Main statt.
- Mindestlohnkampagne / „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ ab 1. Mai 2011 (Position von Attac formulieren!